

Presseinformation

Kiel, den 23. August 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Lars Harms

TOP 40 Verfassungsschutzbericht

Drs. 18/770

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Der beste Verfassungsschutz ist eine lebendige und engagierte, bürgerschaftliche Gesellschaft. Darunter verstehe ich Menschen, die sich bereit erklären, die demokratische Grundordnung zu leben und sich für sie einzusetzen. Die Menschen aus Glinde, die sich mit dem Tonsberg-Laden nicht abfinden wollen, gehören dazu, ebenso wie Bündnisse in Mölln oder Lübeck, die sich gegen Rassismus und rechtsextremistische Kräfte gebildet haben. Ihnen gehört unsere volle Unterstützung, denn durch dieses Engagement haben es Rechtsextreme schwer, Fuß zu fassen. Die Zahl der Straftaten der Nazis geht seit mehreren Jahren zurück. Die Gewalttaten bewegen sich auf niedrigem Niveau: 23 in 2012 gegenüber 27 in 2011.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich dem Landtagspräsidenten für seine Besuche und die Solidarität gegenüber den Demonstranten in Glinde danken.

Die Extremisten reagieren auf diesen bürgerschaftlichen Druck und haben ihr Auftreten und ihr Gebaren in den letzten Jahren stark verändert. Während die

Skinheads noch vor zwanzig Jahren allein an Kleidung und Glatze zu erkennen waren, bedienen sich heute geschulte Nazis des Internets oder kopieren das Outfit des sogenannten Schwarzen Blocks mit Jeans und Kapuzenpullover. Experten des Verfassungsschutzes, die diese Veränderungen beobachten, und mit Multiplikatoren kommunizieren, sind also mehr denn je von Nöten. Diesen Dialog erwarte ich vom Verfassungsschutz. Der Bericht ist dafür eine geeignete Grundlage.

Besonders gelungen ist, dass im Bericht eine klare Sprache verwandt wird. Es wird aber nicht nur gut lesbar beschrieben und analysiert, sondern es werden auch Fragen gestellt. Sicherlich ist das eine Nachwirkung der Sicherungslücken im Zusammenhang mit den Morden des NSU-Trios. Man war sich in den Verfassungsschutzbehörden seinerzeit zu sicher, die rechte Szene genau zu kennen. Bundesweit hatten die Ämter zu sehr darauf vertraut, dass die rechtsextreme Szene gar nicht das Knowhow hätte, kleine Zellen im Untergrund über Jahre zu finanzieren und vor den Behörden zu verbergen. Das haben wir lernen müssen.

Darum ist es gut, offen zu sagen, wenn man etwas nicht so genau weiß. Der Verfassungsschutz zeigt das beim Thema Rekrutierung der Nazis. In diesen Bereich wird es in den nächsten Jahren weiterhin genauer Beobachtung bedürfen.

Beunruhigend sind Versuche der Rechtsextremen, in soziale Netzwerke einzudringen oder Demonstrationen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das haben wir beispielsweise in Leck erlebt. Die Nazis vermeiden bei solchen Aktionen jeden Anschein, dass es sich bei ihnen um Rechtsextreme handelt: also eben keine NS-Insignien oder -Parolen. Man muss ganz genau hinschauen, bevor man die extremistische Absicht erkennt.

Der Verfassungsschutzbericht zeigt aber auch Unterschiede. Aktionistische Kräfte in der rechten Szene organisieren sich über das Internet; feste, mitgliedsbasierte

Strukturen werden bei den Nazis allmählich zur Ausnahme. Hier deutet sich ein Generationenwechsel an; auch in der Beziehung zur NPD. Die Linksextremisten gruppieren sich dagegen schon seit längerem um eine Veranstaltung oder ein Ereignis herum. Beide Methoden sind bekanntermaßen nur schlecht zu beobachten, geschweige denn, vorherzusagen. Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein ist in diesem Zusammenhang auf die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern angewiesen – der Bericht selbst nimmt ausdrücklich Bezug auf Nordrhein-Westfalen. Ich gehe davon aus, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden in der letzten Zeit weiter verbessert hat. Der Austausch von Informationen sollte inzwischen zur täglichen Routine gehören.

Der Verfassungsschutz berichtet auch über linksextremistische Gewalt, die in Schleswig-Holstein eine fast zu vernachlässigende Größe zu sein scheint; allerdings liegt die Zahl der Gewalttaten mit 34 im Jahre 2012 höher als bei den Nazis. Im Zusammenhang mit dem Linksextremismus möchte ich anregen, die Erwähnung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ zu überdenken. Erstens taucht diese Organisation außer im hiesigen nur noch im bayerischen Verfassungsschutzbericht auf und zweitens sind keine Fakten erkennbar, die eine Erwähnung überhaupt rechtfertigen.

Islamistisch-terroristische Strukturen gibt es bei uns laut Bericht keine, was aber natürlich ideologisch verwirrte einzelne Islamisten nicht ausschließt. Deshalb sind diese Beobachtungen auch kein Grund für eine Entwarnung, solange es einen harten Kern weniger Einzelpersonen gibt, der als Kristallisationspunkt auch nach Fahndungserfolgen und Zerschlagen von Organisationen die Neu- oder Umstrukturierungen garantiert. Diese Extremisten sind davon überzeugt, dass sie gegenüber ihrem jeweiligem Feindbild, also, den „Bürgerlichen“, den „Faschos“ bzw.

den „Ungläubigen“ moralisch überlegen sind. Das ist die Motivation, immer wieder neu anzusetzen, um die eigene Ideologie zum Erfolg zu verhelfen. In dieser Beziehung haben alle extremistischen Strömungen durchaus Gemeinsamkeiten. Man bekommt das Untier Extremismus also nicht ohne Weiteres aus der Welt. So lange es überzeugte Einzelpersonen gibt, bleibt die Bedrohung bestehen. Und solange die Bedrohung bleibt, solange brauchen wir als Demokratie auch einen Verfassungsschutz.